



Presseschau vom 23.12.2019

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*.

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends/nachts:

dnronline.su: Heute, am 22. Dezember, besuchten Inder aus frontnahen Bezirken von Jasinowataja und Schüler der Schule Nr. 4 – Alexandr-Sachartschenko-Kadettenkorps im Rahmen einer gemeinsamen Aktivität des gesellschaftlichen Stabs zur Arbeit mit frontnahen Bezirken bei der gesellschaftlichen Bewegung „Donezkekaja Respublika“ und des Kulturministeriums der DVR ein Konzertprogramm „Das Geheimnis der Schneekönigin“ in der Donezker Staatlichen Akademischen Philharmonie.

Die Kinder tauchten in ein wirkliches Neujahrsmärchen sein, wo sie die Helden geliebter Bücher sahen und bekannte Melodien hörten.

„Ich habe ein sehr schönes Märchen gesehen, am meisten gefielen mir die Kostüme der Schauspieler und die tollen Lieder. Ich hoffe, dass man für uns noch so einen schönen Tag organisiert“, sagte der junge Teilnehmer der Veranstaltung Oleg.

Nach dem Konzert tauschten die Kinder noch lange untereinander ihre Eindrücke aus und sprachen über Pläne für die Neujahrsferien.

Armiyadnr.su: Am 21. Dezember 2019 begann in Gorlowka mit Unterstützung der Volksmiliz der DVR sowie der Koordinatorin für humanitäre Projekte Tatjana Buturina und des Medienzentrums „Swesda“ für die Kinder DVR der Neujahrsmarathon „Brennende Herzen“. An einer Veranstaltung waren Kinder aus einem Kinderheim sowie Kinder derzeitiger und gefallener Soldaten. Mehr als 200 Kinder erhielten süße Geschenke, ein Neujahrskarte und

ein Buch.

vormittags:

de.sputniknews.com: **Nato-Generalsekretär Stoltenberg will plötzlich mit Putin persönlich reden**

Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg ist nach eigenen Angaben zu einem persönlichen Gespräch mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin bereit. Noch Ende November meinte der Norweger bei einem Treffen mit Frankreichs Staatschef Emmanuel Macron, die Nato müsse die Bedrohung durch Russland und China bewältigen.

„Wenn der Rahmen stimmt, würde ich mich mit Präsident Putin treffen“, sagte Stoltenberg gegenüber der dpa in Brüssel. Gerade in Zeiten, in denen es Schwierigkeiten gebe, sei es wichtig, sich gemeinsam an einen Tisch zu setzen.

Die Fronten zwischen der Nato und Moskau gelten seit Jahren als verhärtet. Wegen des Krim-Referendums im Frühjahr 2014 stellte das Bündnis die gesamte praktische und militärische Zusammenarbeit mit Russland ein. Russland hingegen kritisiert die Nato-Osterweiterung und die infolge der Ukraine Krise beschlossene Stationierung von Bündnistruppen in den früheren Sowjetrepubliken. Seitdem gibt es keine Treffen auf Spitzenebene, die Kontakte des Nato-Russland-Rates auf Botschafterebene sind jedoch beibehalten worden. Zum letzten Mal trafen sich die Botschafter im Januar 2019 in Brüssel zur Sicherheit in Europa sowie wegen der Situation in Afghanistan und in der Ukraine.

Offenbar von US-Präsident Trump ermuntert

Vor dem Nato-Gipfel Anfang Dezember in London bezeichnete Stoltenberg auf dem Treffen mit Macron Russland als eine Bedrohung neben China, die man bewältigen müsse. Den persönlichen Brief Putins zum Moratorium auf die Raketen-Stationierung lehnte die Nato allerdings ab. Nun erfolgt Stoltenbergs Signal der Gesprächsbereitschaft offenbar kurz nach einer öffentlichen Ermunterung von US-Präsident Donald Trump. Trump hatte Anfang Dezember am Rande des Nato-Gipfels gesagt, er denke nicht, dass es in irgendeiner Art und Weise ein Problem wäre, wenn Stoltenberg mit Russland sprechen würde. Aus Trumps Sicht ist es möglich, „eine sehr gute Beziehung zu Russland“ zu haben. Die Nato sollte immer mit Russland im Gespräch sein. Auch der polnische Präsident Andrzej Duda distanzierte sich überraschend davon, Russland als Feind der Nato zu bezeichnen.

Eine ähnliche Position vertritt schon seit längerem vor allem Frankreich. Anders als Stoltenberg behauptete Macron auf dem Treffen vor dem Nato-Gipfel in Paris, der Hauptgegner des Bündnisses sei der islamische Terrorismus. Die Bundesregierung gehörte jedoch eben zu den treibenden Kräften hinter der 2016 erfolgten Wiederbelebung des Nato-Russland-Rates.

Die osteuropäischen Staaten sehen die Entwicklung wegen des Ukraine Konfliktes allerdings kritisch. Es dürfe bis zu dessen Lösung keine Rückkehr zum „business as usual“ (Alltagsgeschäft) geben. Stoltenberg sieht dies nicht anders, betont aber weiter die Bedeutung des Dialogs. „Russland ist unser größter Nachbar und das wird auch so bleiben“, sagte er weiter im dpa-Interview. Selbst wenn sich die Beziehungen nicht verbessern sollten, müsse man in der Lage sein, eine schwierige Beziehung zu managen.

Wie ein geeigneter Rahmen für ein Treffen mit Putin aussehen könnte, sagte Stoltenberg nicht. Der Norweger hatte Putin früher mehrfach in seiner Zeit als Ministerpräsident getroffen. Seitdem er Nato-Generalsekretär ist, kam es jedoch nicht mehr zu formellen Zusammenkünften. Lediglich mit Russlands Außenminister, Sergej Lawrow, gibt es Gespräche.

wpered.su: **Boris Litwinow legte Blumen am Denkmal für Josif Stalin nieder**

Am 21. Dezember kamen tausende Moskauer und Gäste der russischen Hauptstadt zum Grab Josif Stalins, um das Andenken des großen Revolutionärs und Erbauers der Union Sozialistischer Sowjetrepubliken zu ehren. Der erste Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei der DVR Boris Litwinow legte gemeinsam mit Genossen aus der KPRF im Namen der Kommunisten und Einwohner der Donezker Volksrepublik Blumen an Denkmal für Josif Stalin nieder, teilt ein Korrespondent von „Wperjod“ mit.

„Mit dem Namen Stalins sind die herausragendsten Ereignisse im Leben nicht nur der sowjetischen Menschen, sondern der gesamten Menschheit verbunden. Schon viele Jahre wird Stalin im bürgerlichen Russland als der herausragendste Führer aller Zeit angesehen. Den Namen Stalins achten und verehren auch die Einwohner der Donezker Volksrepublik außerordentlich.

Im Vorfeld des 140. Geburtstages des großen Führers hat das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der DVR eine Vortragsreihe unter der Bezeichnung „Stalinsche Lesungen 2019“ durchgeführt. Qualifizierte Referenten haben das Wesen der Stalinschen Ideen, die in seinen Arbeiten niedergelegt sind, allseitig erläutert. Bei jeder Vorlesung wurden den Hörern Dokumentarfilme gezeigt, die die Etappen der grandiosen Stalinschen Politik zum Ausdruck bringen. Nach den Neujahrsfeiertagen geht für alle Interessierten die Parteibildung weiter, aber dann als „Leninsche Lesungen 2020“, die dem 150. Geburtstag Wladimir Lenin gewidmet sind“, erzählte Boris Litwinow einem Korrespondenten der Seite in einem Kommentar.

Nach seinen Worten die die Ideen und die Sache der Gründer des ersten sozialistischen Staats der Welt, Lenin und Stalin, für die Mehrheit der Bürger der Donezker Volksrepublik Orientierungspunkte im Kampf. Diese Ideen werden alle Völker wieder in einem einheitlichen sozialistischen Staat zusammenschließen.



http://wpered.su/wp-content/uploads/2019/12/IMG_20191222_201849.jpg

wpered.su: **In Donezk wurde das Andenken Josif Stalins geehrt**

Am 22. Dezember fand im Petrowskij-Bezirk von Donezk eine Veranstaltung zum 140. Geburtstag Josif Stalins und zum Jahrestag der Gründung der UdSSR statt. Darüber berichtet ein Korrespondent von „Wperjod“.

An diesem Tag waren Gedichte und Lieder über Stalin und Verse des Staatsführers selbst zu hören. T.A. Perelomowa hatte einen Vortrag über Stalin vorbereitet. Die erste Sekretärin der Bezirksorganisation des Petrowskij-Bezirks von Donezk der KP der DVR N.W. Taraban

erzählte über die Gründung der UdSSR.

Danach wurden die aktivsten Kommunisten mit Jubiläumsmedaillen ausgezeichnet.

Außerdem sprach der Vorsitzende der Union Sowjetischer Offiziere der DVR im Petrowskij-Bezirk A.W. Wjatkin. Er gratulierte allen Anwesenden zu den bedeutsamen Daten und überreichte Mitgliedern der Organisation, die derzeit die Republik verteidigen, Auszeichnungen.

de.sputniknews.com: **Russlands Verteidigungsministerium bekommt erstes S-350-System**
Der russische Rüstungskonzern „Almas-Antei“ hat laut einer entsprechenden Pressemitteilung dem Verteidigungsministerium den ersten Satz des modernsten Flugabwehrraketensystems S-350 „Witjas“ übergeben.

„Bei der Übergabe wurde die Technik auf den Übungsplatz gebracht, wo das Umfliegen, begleitet von realen Luftzielen, erfüllt wurde“, heißt es. Die Übernahmeerprobungen waren demnach erfolgreich.

Die feierliche Zeremonie fand am 22. Dezember auf dem Testgelände Kapustin Jar bei Astrachan statt.

S-350-System

Das System ist für den Schutz von Massenanschlügen moderner und perspektiver Luftangriffsmittel vorgesehen. Es ist in der Lage, Luftangriffe gleichzeitig aus sehr kleinen sowie sehr großen Höhen abzuwehren. Das System kann autonom und als Teil gestaffelter Luftabwehr agieren. Die S-350-Kampfarbeit wird komplett automatisch ausgeführt.

Die S-350-Anlage wurde erstmals im Jahre 2013 vorgestellt. Ende März 2019 wurden die staatlichen Tests des Systems abgeschlossen.

Der Konzern „Almas-Antei“ ist eines der größten Rüstungsunternehmen Russlands. Die Mitarbeiterzahl beläuft sich derzeit auf circa 130.000 Menschen. Produkte des Konzerns sind in mehr als 50 Ländern im Einsatz.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32532/50/325325054.jpg>

lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden zweimal das „Regime der Ruhe“ im Verantwortungsbereich der LVR verletzt. Dies teilte die Vertretung der LVR im GZKK mit.

Beschossen wurden die Gebiete von Nishneje Losowoje und Shelobok.

Geschossen wurden mit 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen, darunter großkalibrigen.

de.sputniknews.com: **Trotz US-Sanktionen: Kreml hofft auf Fertigstellung von Nord Stream 2**

Die US-Sanktionen gegen Nord Stream 2 sind laut Kreml-Sprecher Dmitri Peskow

inakzeptabel. Russland hofft darauf, dass dies die Vollendung des Projektes nicht verhindern wird.

Kreml-Sprecher Dmitri Peskow äußerte sich zur aktuellen Situation um die Gaspipeline Nord Stream 2 wie folgt:

„Wir gehen davon aus, dass ähnliche Sanktionen für uns inakzeptabel sind; und wir hoffen natürlich darauf, dass sogar solche Schritte nicht zur Verhinderung der Vollendung des Baus dieses wichtigen Projektes führen werden“.

Damit beantwortete Peskow die Frage, wie lange die Pause im Bau dauern würde und ob Verhandlungen mit Allseas geführt werden.

Ferner betonte Peskow, dass die amerikanischen Sanktionen nicht ohne Antwort bleiben würden. Aber es sei noch zu früh, um darüber zu sprechen.

„Wie und wann das getan wird, ist eher eine Frage der nationalen Interessen Russlands. Wann es am meisten den nationalen Interessen unseres Landes entsprechen wird“, erläuterte er.

Dazu, ob das Unternehmen Allseas beim Bau der Gaspipeline ersetzt werde, sagte Peskow, dass die Situation derzeit analysiert werde.

„Hauptziel dieser Analyse ist die Vollendung des Baus dieser Pipeline.“

Allseas stellt Verlegungsaktivität ein

Am Samstag hatte die schweizerische Allseas Group erklärt, dass sie im Vorgriff auf die Verabschiedung des National Defense Authorization Act (NDAA) ihre Verlegungsaktivitäten für Nord Stream 2 eingestellt habe.

Kontroverse Angaben

Am Montag berichteten russische Medien unter Berufung auf Bloomberg mit Verweis auf einen Sprecher, dass das schweizerische Unternehmen seine Schiffe, die an der Verlegung von Nord Stream 2 beteiligt sind, abgezogen habe. Zum Zeitpunkt der Verbreitung dieser Berichte in russischen Medien gab es auf der offiziellen Webseite von Bloomberg keinen entsprechenden Artikel.

Später erschien zum Thema ein weiterer Bloomberg-Artikel im Internet, in dem ebendies bestätigt wurde, allerdings ohne Quellenangabe.

US-Sanktionen gegen Nord Stream 2

US-Präsident Trump hatte am Freitag den neuen Verteidigungshaushalt unterzeichnet und damit die darin enthaltenen Sanktionen gegen Nord Stream 2 und Turkish Stream in Kraft gesetzt. Sie richten sich gegen Firmen, die am Verlegen der Pipelines beteiligt sind, sowie deren Eigner. Als Strafmaßnahmen sind Einreiseverbote und das Einfrieren von Vermögen in den USA vorgesehen.

Nord Stream 2

Das Nord Stream 2-Projekt umfasst den Bau von zwei Strängen einer Gaspipeline mit einer Gesamtkapazität von 55 Milliarden Kubikmeter Gas pro Jahr von der russischen Küste durch die Ostsee nach Deutschland.

Die Leitung verläuft in Territorialgewässern von Deutschland, Finnland, Schweden, Dänemark und Russland und kostet rund zehn Milliarden Euro. Sie wird je zur Hälfte vom russischen Energieriesen Gazprom und den fünf europäischen Unternehmen OMV, Wintershall Dea, Engie, Uniper und Shell finanziert.

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum vom 22. Dezember 3:00 bis 23. Dezember 3:00

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 5. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Dolomitnoje, Spartak, Shabitschewo, Kominternowo.**

Opfer unter der friedlichen Bevölkerung und Schäden an ziviler Infrastruktur wurden bisher nicht festgestellt.

Die Zahl der von den BFU angefeuerten Geschosse beträgt 11.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der abgefeuerten Geschosse mit einem Kaliber bis 12,7mm nicht in die Gesamtstatistik der Zahl der Geschosse im täglichen Bericht eingeht.

In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 104.

Ab 01:01 am 21. Juli 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, bedingungslosen, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feueinstellung in Kraft.

de.sputniknews.com: **Nord Stream 2: BSH genehmigt Verlegung in deutschen Gewässern in Wintermonaten**

Das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie hat den Antrag des Konsortiums Nord Stream 2 zum Pipeline-Bau in den Wintermonaten in deutschen Gewässern genehmigt.

Die Projektgesellschaft der Pipeline Nord Stream 2 hatte bereits im September einen entsprechenden Änderungsantrag beim Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH) in Hamburg eingereicht. Nun teilte die Behörde in einer Pressemitteilung mit, dass dieser Antrag genehmigt wurde. Es handele sich um zwei Mal fünf Tage Arbeit für zwei Kabelstränge. Genehmigt worden sei ein neues Zeitfenster für die Verlegung der Rohrleitungen auf der verbleibenden Strecke von 16,5 Kilometern in der deutschen Ausschließlichen Wirtschaftszone Anfang 2020. Veranschlagt seien Zeitfenster von zweimal je fünf Tagen für zwei Stränge.

"Im Fokus der eingegangenen Stellungnahmen standen Auswirkungen auf Rastvögel in diesem für sie bedeutenden Überwinterungsgebiet. Nach sorgfältiger Prüfung hat das BSH keine erheblichen Auswirkungen einer Verlegung im Winter feststellen können. Dies ist insbesondere dadurch begründet, dass sich die Verlegeschiffe sehr langsam fortbewegen (3 bis 5 km am Tag) und deshalb die Störwirkung auch angesichts der kurzen Strecke räumlich und zeitlich eng begrenzt ist", heißt es in der Pressemitteilung.

US-Sanktionen gegen Nord Stream 2

Der US-Präsident Donald Trump hatte am vergangenen Freitag Sanktionen gegen Nord Stream 2 und Turkish Stream und somit auch sämtliche am Bau und der Verlegung beteiligte Unternehmen und deren Eigner in Kraft gesetzt. Als Strafmaßnahmen sind Einreiseverbote in die USA und das Einfrieren von Vermögen in den Vereinigten Staaten vorgesehen.

Dass ein unmittelbarer Zusammenhang des heutigen BSH-Beschlusses mit den Boykottdrohungen der USA gegen am Bau beteiligte Firmen bestehe, dementierte eine Sprecherin aber noch am 16. Dezember. Der Antrag sei ja noch lange vor den entsprechenden Beschlüssen des US-Repräsentantenhauses gestellt worden.

Reaktionen aus Berlin und Moskau

Die Bundesregierung befürchte durch die im Raum stehenden US-Sanktionen eine Verzögerung des Gaspipeline-Projekts Nord Stream 2. Das werde nämlich das Vorhaben zurückwerfen, sagte der Transatlantik-Koordinator Peter Beyer am Montag im Deutschlandfunk. Die Strafmaßnahmen kämen angesichts der anhaltenden Kritik aus den USA nicht überraschend. "Das trifft uns schon sehr", so Beyer. Trotzdem sei eine Eskalationsspirale mit Gegenmaßnahmen nicht sinnvoll.

Der russische Außenminister Sergej Lawrow sagte bei einer Pressekonferenz am Montag in Moskau, dass nach der Einführung neuer US-Sanktionen gegen Nord Stream 2 und Turkish Stream kein einziges Land nun an der Unzuverlässigkeit Washingtons zweifeln dürfte. Gegenmaßnahmen schloss Lawrow nicht aus.

de.sputniknews.com: **Moskau zu Sanktionen gegen Nord Stream 2, Turkish Stream: Kein Land darf an US-Wankelmut zweifeln**

Nach der Einführung neuer US-Sanktionen gegen die Projekte Nord Stream 2 und Turkish Stream dürfte laut dem russischen Außenminister Sergej Lawrow kein einziges Land an der Unzuverlässigkeit Washingtons zweifeln. Dieser Schritt der Vereinigten Staaten werde nicht unbeantwortet bleiben.

„Wenn sogar die engsten Verbündeten für die Lösung ihrer wirtschaftlichen Probleme und Energiesicherheitsaufgaben bestraft werden, glaube ich, dass kein Land der Welt daran zweifeln dürfte, dass die Vereinigten Staaten, wenn sie ihnen etwas versprechen, sie jeden Moment im Stich lassen können“, sagte Lawrow bei einer Regierungsstunde im Föderationsrat Russlands.

Er betonte auch, dass die USA „erneut zeigten, dass ihre Diplomatie vor allem auf Einschüchterung mittels verschiedener Methoden wie Sanktionen, Ultimaten und Drohungen zurückzuführen ist“.

US-Sanktionen gegen Nord Stream 2

US-Präsident Donald Trump hatte am Freitag den neuen Verteidigungshaushalt unterzeichnet und damit die darin enthaltenen Sanktionen gegen Nord Stream 2 und Türkisch Stream in Kraft gesetzt. Sie richten sich gegen Firmen, die am Verlegen der Pipelines beteiligt sind, sowie deren Eigner. Als Strafmaßnahmen sind Einreiseverbote und das Einfrieren von Vermögen in den USA vorgesehen.

Moskau verspricht Antwort

„Wie werden auf die Sanktionen reagieren, aber auf eine Weise, die uns selbst keinen Schaden zufügt. Aber reagieren darauf werden wir auf jeden Fall. Und natürlich werden wir dies bei der Gestaltung unserer Beziehungen berücksichtigen“, sagte Lawrow gegenüber dem russischen Fernsehsender „Pervyy kanal“.

Laut dem russischen Außenminister ist der Beschluss der USA, neue Sanktionen einzuführen, eine „äußerst schwer nachvollziehbare Situation“, da er die meisten Kongressmitglieder, Abgeordnete im Repräsentantenhaus sowie Senatoren – in erster Linie von der demokratischen Partei – indirekt oder persönlich kenne.

Verlängerung von START-III-Vertrag

Sollten die Vereinigten Staaten den russischen Vorschlag für eine bedingungslose Verlängerung des START-III -Vertrags annehmen, wird die ganze Welt davon profitieren, fuhr Lawrow in seiner Rede fort.

„Wir werden keine Situation zulassen, in der es kein einziges Instrument gibt, das den Bereich strategische Stabilität regelt“, unterstrich Lawrow.

Parallel zur Vertragsverlängerung könnten „die Gespräche über die konkrete Umsetzung fortgesetzt werden“.

Der Vertrag über die Reduzierung der strategischen Offensivwaffen (START III), der 2010 unterzeichnet wurde, ist der einzige verbliebene gültige Vertrag zwischen Russland und den USA über die Rüstungsbegrenzung. Das Abkommen läuft im Februar 2021 aus.

Dnronline.su: Durch die Verfügung Nr. 437 des Oberhauptes der DVR vom 23. Dezember 2019 wurde die Geltung der Sperrstunde vom 31.12.2019 bis 8. Januar 2020 aufgehoben.

de.sputniknews.com: **Kohlegruben in West-Ukraine wegen Stromschulden von Überflutung bedroht**

In der Westukraine schlägt eine Bergbaugewerkschaft Alarm: Sechs Gruben des staatlichen Kohleförderers Lvivugol sind von akuter Überflutung bedroht, nachdem der Energieversorger wegen Schulden den Strom abgedreht hat. Im Sommer hatten dort bereits Kumpel wegen monatelangen Lohnrückrückständen protestiert.

„Die Stromversorgung aller sechs Gruben des Staatsunternehmens Lvivugol ist in der Nacht vom 22. zum 23. Dezember abgeschaltet worden“, teilte Mychailo Wolynez, Chef der Unabhängigen Bergbaugewerkschaft, am Montag auf Facebook mit. Weil dabei die Lüftung und die Wasserhaltung ausgefallen seien, würden die Grubenbaue mit Schachtwasser angefüllt.

Laut Wolynez hatte der Stromversorger gefordert, für den Zeitraum von Dezember 2019 und Januar 2020 insgesamt 22 Millionen Hrywnja (ca. 850.000 Euro) zu bezahlen. Diese Forderung sei für das Unternehmen nicht tragbar, weil es selbst für bereits gelieferte Kohle immer noch kein Geld erhalten habe und auch mit Lohnrückständen konfrontiert sei. Der Gewerkschaftschef machte Beamte für den Notstand verantwortlich und kündigte an, Staatspräsident Wladimir Selenski und die Regierung um ein Eingreifen zu bitten.

de.sputniknews.com: **Putin wohnt Eröffnung des Eisenbahnteils der Krim-Brücke bei**
Russlands Präsident Wladimir Putin nimmt am Montag, dem 23. Dezember, an der feierlichen Eröffnung des Eisenbahnteils der Brücke über die Straße von Kertsch teil. Die Schienen verbinden das russische Festland und die Halbinsel Krim.

Der erste Zug namens „Tawrija“ (dt. „Taurien“ - frühere Bezeichnung der Halbinsel Krim) fährt heute um 14 Uhr Ortszeit von Sankt Petersburg in Richtung Sewastopol los. Die 2741 Kilometer lange Strecke soll er in 43,5 Stunden zurücklegen.

Die Autobahnstrecke der längsten Brücke Europas (19 Kilometer) wurde bereits am 15. Mai 2018 eingeweiht. Ihr folgt nun plangemäß der Zugteil.

nachmittags:

armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 23.12.2019

Nach Angaben, die von den Beobachtern des GZKK der DVR erfasst wurden, haben die ukrainischen Kämpfer in den letzten 24 Stunden **fünfmal das Feuer auf Gebiete von Ortschaften der Republik** eröffnet.

In Richtung Gorlowka haben Strafruppen der 59. Brigade des Verbrechers Schapowalow das Gebiet von **Dolomitnoje** mit Antipanzergrenatwerfern und großkalibrigen Maschinengewehren beschossen.

In Richtung Donezk haben Kämpfer Iwanows aus der 56. Brigade die Gebiete von **Spartak und Shabitschewo** mit 82mm-Mörsern und großkalibrigen Maschinengewehren beschossen.

In Richtung Mariupol haben Kämpfer Subanitschs aus der 10. Brigade das Feuer mit Antipanzergrenatwerfern auf das Gebiet von **Kominternowo** eröffnet.

Informationen über Zerstörungen von Objekten der zivilen Infrastruktur und Verletzte unter der friedlichen Bevölkerung werden noch ermittelt.

In der 56. Brigade, die Positionen gegenüber von Donezk zwischen Awdejewka und Peski einnimmt, geht die Suche nach dem Soldaten Witalij K. weiter, der den Stationierungsort des Truppenteils verlassen hat. Dabei verheimlicht das Brigadekommando weiter das Verschwinden des Soldaten gegenüber dem Stab der OOS.

Gestern hat sich Witalij mit uns in Verbindung gesetzt und mitgeteilt, dass er bereit ist, auf die Seite der Donezker Volksrepublik überzugehen, weil ihm im Fall einer Rückkehr in den Truppenteil physischer Schaden zugefügt werden wird.

Heute Nacht gelangte Witalij K. im Ergebnis von erfolgreich durchgeführten operativen Maßnahmen auf das Territorium der DVR.

Bei einer vorläufigen Befragung wurde festgestellt, dass in der Brigade, wo er Dienst tat,

unerträgliche Lebens- und Alltagsbedingungen herrschen.

Der Brigadekommandeur Iwanow kümmert sich nicht um die Bedürfnisse des ihm unterstellten Personals. Es gibt Fälle von Tötlichkeiten von Seiten der unteren Kommandeure, von Zugkommandeuren abwärts.

Die Ausstattung der Dienst- und Erholungsorte sowie der Kauf von Brennstoff für die Öfen wird vom Personal auf eigene Kosten durchgeführt, die Lieferung von Lebensmitteln in die Brigade gewährleisten Vertreter von Freiwilligenorganisationen.

Unter den Soldaten der Brigade gibt es weitere, die den Truppenteilen verlassen wollen, sie haben aber Angst, das zu tun und befürchten physische Vergeltung von Seiten des Kommandos.

Wir werden weiter über das weitere Schicksal von Witalij K und anderer Überläufer berichten.

Außerdem haben wir Informationen über den Tod des Soldaten des 23. Bataillons der 56. Panzergrenadierbrigade Rubzow erhalten, der vor drei Tagen von Vertretern des militärischen Rechtsordnungsdienstes in Krasnoarmejsk beim Versuch, eigenmächtig die OOS-Zone zu verlassen, festgenommen wurde. Nach seiner Festnahme wurde Rubzow als Strafe an die Frontpositionen im Gebiet von Peski geschickt, wo er Selbstmord beging, weil er die Schläge und den psychischen Druck von Seiten von Kameraden und Kommandos nicht ertrug.

Um den Selbstmordfall und die Ursachen dafür zu verheimlichen, meldete der Brigadekommandeur an den Stab der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“, dass der Soldat in der Folge eines Beschusses getötet wurde.

Um die Führung vom Tod des Kämpfers aufgrund eines Beschusses zu überzeugen, setzte sich das Brigadekommando mit Journalisten des „5. Kanals“ in Verbindung und äußerte die Bitte, eine inszenierte Reportage über eine Verletzung des Regimes der Feueinstellung von Seiten der Volksmiliz der DVR im Gebiet von Peski zu erstellen.

de.sputniknews.com: **Russland rechnet mit baldiger Fertigstellung von Nord Stream 2 – Energieminister**

Russland rechnet laut Energieminister Alexander Nowak damit, dass die Gaspipeline Nord Stream 2 trotz jener Hindernisse, vor denen das Projekt steht, so bald wie möglich fertiggestellt wird.

„Dieses Projekt ist von strategischer Bedeutung. Daran sind europäische Länder sowie europäische und russische Unternehmen interessiert. Das ist ein kommerzielles und für alle vorteilhaftes Projekt“, sagte Nowak in einem am Montag veröffentlichten Interview mit der russischen Medienholding RBK.

Dabei präzisierte das Energieministerium, Nowak habe das Interview noch vor dem Inkrafttreten der US-Sanktionen gegen Nord Stream 2 gegeben.

BSH genehmigt Verlegung von Nord Stream 2 in deutschen Gewässern in Wintermonaten

Zuvor wurde mitgeteilt, dass das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie den Antrag des Konsortiums Nord Stream 2 zum Pipeline-Bau in den Wintermonaten in deutschen Gewässern genehmigt habe.

Die Projektgesellschaft der Pipeline Nord Stream 2 hatte bereits im September einen entsprechenden Änderungsantrag beim Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH) in Hamburg eingereicht. Genehmigt worden sei ein neues Zeitfenster für die Verlegung der Rohrleitungen auf der verbleibenden Strecke von 16,5 Kilometern in der deutschen Ausschließlichen Wirtschaftszone Anfang 2020.

Dass ein unmittelbarer Zusammenhang des heutigen BSH-Beschlusses mit den Boykottandrohungen der USA gegen am Bau beteiligte Firmen bestehe, dementierte eine Sprecherin aber noch am 16. Dezember. Der Antrag sei ja noch lange vor den entsprechenden Beschlüssen des US-Repräsentantenhauses gestellt worden...

Mil-Inr.info: Erklärung des Offiziers des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR I. M. Filiponko

Nach Angaben, die von Beobachtern des GZKK der LVR wurde in den letzten 24 Stunden zwei Beschüsse von Seiten der ukrainischen Streitkräfte auf das Territorium der LVR festgestellt.

In Richtung Slawjanoserbsk haben Soldaten der 93. Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Bryshinkij **Shelobok** mit Schützenpanzerwaffen beschossen.

In Richtung Swetlodarsk haben Kämpfer der 59. Brigade auf Befehl des Verbrechers Schapowalow **Nishneje Losowoje** mit 82mm-Mörsern, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Insgesamt wurden mehr als 25 Geschosse auf das Territorium der Republik abgeschossen. Informationen über Zerstörungen von Objekten der zivilen Infrastruktur und Verletzte unter der friedlichen Bevölkerung werden noch ermittelt. ...

de.sputniknews.com: Nord Stream 2: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung fordert „Klimazölle“ gegen USA

Die Leiterin der Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Claudia Kempfert, hat gegenüber dem „Handelsblatt“ die US-Sanktionen gegen den Bau der Gaspipeline Nord Stream 2 heftig kritisiert.

Ihrer Meinung nach ist die US-Kritik an der Pipeline berechtigt, jedoch seien die Sanktionen absolut inakzeptabel, „gegen die sich Europa zur Wehr setzen sollte“. Sie sagte wie folgt: „Europa sollte erwägen, Klima-Zölle gegen die USA zu verhängen, damit kein umweltschädliches Fracking-Gas aus den USA nach Deutschland und Europa exportiert werden kann.“

„Aggressive Mittel“

Darüber hinaus sagte Kempfert, dass sie in den amerikanischen Einschränkungen „aggressive Mittel eines fossilen Energie-Krieges“ sehe. Gas werde mittlerweile nicht nur von Russland, sondern auch von den USA als „politische Waffe“ genutzt. Hinter den Sanktionen der USA vermutet sie die Absicht der USA, ihr eigenes Flüssiggas nach Europa und Deutschland zu verkaufen.

„Durch den Bau der zusätzlichen Pipeline schmälert sich der potentielle Absatzmarkt für die amerikanischen Unternehmen“, sagte sie gegenüber der Zeitung.

Kritik an Nord Stream 2

Unter anderem kritisierte sie Nord Stream 2: Der Pipelinebau sei „umweltpolitisch schädlich, energiewirtschaftlich unnötig und betriebswirtschaftlich unrentabel“.

Am Montag war berichtet worden, dass das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie den Antrag des Konsortiums Nord Stream 2 zum Pipeline-Bau in den Wintermonaten in deutschen Gewässern genehmigt habe.

US-Sanktionen gegen Nord Stream 2

US-Präsident Donald Trump hatte am vergangenen Freitag Sanktionen gegen Nord Stream 2 und Turkish Stream und somit auch sämtliche am Bau und der Verlegung beteiligte Unternehmen und deren Eigner in Kraft gesetzt. Als Strafmaßnahmen sind Einreiseverbote in die USA und das Einfrieren von Vermögen in den Vereinigten Staaten vorgesehen.

Berlin und Moskau reagieren

Die Bundesregierung befürchte durch die im Raum stehenden US-Sanktionen eine Verzögerung des Gaspipeline-Projekts Nord Stream 2. Das werde nämlich das Vorhaben zurückwerfen, sagte der Transatlantik-Koordinator Peter Beyer am Montag im Deutschlandfunk. Die Strafmaßnahmen kämen angesichts der anhaltenden Kritik aus den USA nicht überraschend. „Das trifft uns schon sehr“, so Beyer. Trotzdem sei eine Eskalationsspirale mit Gegenmaßnahmen nicht sinnvoll.

Der russische Außenminister, Sergej Lawrow, sagte bei einer Pressekonferenz am Montag in

Moskau, dass nach der Einführung neuer US-Sanktionen gegen Nord Stream 2 und Turkish Stream kein einziges Land nun an der Unzuverlässigkeit Washingtons zweifeln dürfte. Gegenmaßnahmen schloss Lawrow nicht aus.

Kreml-Sprecher Dmitri Peskow sagte am Montag, dass die US-Sanktionen gegen Nord Stream 2 inakzeptabel seien. Russland hoffe aber darauf, dass dies die Vollendung des Projektes nicht verhindern wird.

Telegram-Kanal des Außenministeriums der DVR:

Bei der Videokonferenz der Kontaktgruppe zur Regelung des Konflikts im Donbass ist es den Konfliktseiten im Donbass gelungen, eine Vereinbarung über einen Austausch von festgehaltenen Personen nach der Formel „alle festgestellten gegen alle festgestellten“ bis Ende des Jahres zu erreichen sowie ein Dokument zu vereinbaren, das die Verpflichtungen der Seiten bezüglich dieses Prozesses zusichert.

So hat die Ukraine endlich ihre Verpflichtungen bestätigt, die Personen, die durch den Austausch zurückkehren, von strafrechtlicher Bestrafung und Verfolgung freizustellen.

Ombudsmandnr.ru Kommentar der bevollmächtigten für Menschenrechte in der DVR Darja Morosowa zu den Ergebnissen der Videokonferenz der Kontaktgruppe am 23. Dezember

Die Sitzung der Arbeitsgruppe zu humanitären Fragen der dreiseitigen Kontaktgruppe zur Regelung des Konflikts im Donbass im Rahmen einer Videokonferenz ist beendet. Uns ist es endlich gelungen, eine Vereinbarung über einen Austausch und Bedingungen der Garantie einer prozessualen Freistellung der festgehaltenen Personen von Seiten der Ukraine zu erreichen. Derzeit läuft die Arbeit zur Erstellung der abschließenden Liste von Personen und des Datums für den Austausch.

Wir haben die Absicht, die Verhandlungen fortzusetzen und in kürzester Zeit die Freilassung aller ungerecht verurteilten Anhänger der Republik zu erreichen.

de.sputniknews.com: Einfrieren von US-Militärhilfe für Ukraine: CNN legt Details offen

Die US-Regierung hat die Einstellung der Militärhilfe für die Ukraine etwa anderthalb Stunden nach dem Telefongespräch zwischen dem US-Präsidenten Donald Trump und seinem ukrainischen Amtskollegen Wladimir Selenski am 25. Juli angeordnet. Dies berichtet der TV-Sender CNN unter Verweis auf entsprechende Dokumente.

Laut den von der gemeinnützigen Organisation „Center for Public Integrity“ veröffentlichten E-Mails hat der Vertreter des US-Amts für Verwaltung und Haushaltswesen (Office of Management and Budget; OBM) Mike Duffy, 90 Minuten nach dem Gespräch die Pentagon-Beamten kontaktiert und angewiesen, die Zuweisung von Geldern einzufrieren. Der Grund dafür seien die Pläne der Regierung gewesen „die ukrainische Hilfe einschließlich der militärischen Unterstützung neu zu überdenken.“

Das OBM habe die Verbindung zwischen einem Telefonanruf und dem Einfrieren der Hilfe jedoch abgelehnt: Laut der OBM-Vertreterin Rachel Sammel wurde die Entscheidung bereits am 18. Juli getroffen. Sie gab an, dass die Fragmente von Duffys E-Mails aus dem Kontext gerissen und irreführend seien.

Außerdem soll eines der frühesten Anzeichen für die Besorgnis von Präsident Trump über die Gelder auf einen Artikel vom 19. Juni im „The Washington Examiner“ zurückzuführen sein, wo die Rede von einer vom Kongress genehmigten Militärhilfe für die Ukraine in Höhe von 250 Millionen US-Dollar sei.

Zuvor hatte die Zeitung „The Washington Post“ unter Verweis auf fünf Regierungs- und Kongressbeamte mitgeteilt, dass das Weiße Haus sofortige militärische Hilfe für die Ukraine für das kommende Jahr aus dem Pentagon-Budget gestrichen habe.

US-Präsident Donald Trump hatte am Freitagabend den Verteidigungshaushalt für das

Fiskaljahr 2020 signiert. Der Entwurf soll vorgesehen haben, dass die USA 250 Millionen Dollar an Verteidigungsgeldern für die Ukraine innerhalb 45 Tagen nach der Unterzeichnung freigeben. Allerdings habe die Trump-Administration die Demokraten im Repräsentantenhaus des Kongresses gezwungen, diesen Abschnitt des Dokuments aufzugeben.

Gesperrte Finanzhilfen als Druck auf Kiew?

Das von der Demokratischen Partei dominierte Repräsentantenhaus leitete ein Amtsenthebungsverfahren gegen US-Präsident Trump ein. Zum Anlass wurde ein Telefongespräch zwischen Trump und seinem ukrainischen Amtskollegen, Wladimir Selenski. Die US-Demokraten werfen Trump vor, Druck auf den ukrainischen Staatschef ausgeübt zu haben, damit eine Ermittlung gegen den Sohn des ehemaligen US-Vize-Präsidenten Joe Biden, Hunter, eingeleitet wird. Als Gegenleistung soll Trump militärische und finanzielle Hilfen an Kiew versprochen haben. Joe Biden gilt als einer der aussichtsreichsten Herausforderer Trumps bei der Präsidentschaftswahl 2020. Sein Sohn Hunter war einst als Vorstandsmitglied des ukrainischen Gasunternehmens Burisma Group tätig.

de.sputniknews.com: **Nato-Flugzeuge immer öfter nahe Russlands Grenzen unterwegs – Baltische Flotte zieht Bilanz**

Seit 2019 hat die Häufigkeit von Flügen der Nato-Maschinen nahe Russlands Grenzen um mehr als ein Drittel zugenommen, wie der Befehlshaber der Baltischen Flotte, Vizeadmiral Alexander Nossatow, verriet.

Die Zahl der Flüge von Aufklärungsflugzeugen unterschiedlicher Klassen entlang russischer See- und Bodengrenzen stieg demnach von 578 im vergangenen Jahr auf mehr als 800 in diesem Jahr.

„Der ähnliche Kennwert der Aktivität von Kampfflugzeugen hat sich in dieser Zeitperiode verdoppelt“, sagte Nossatow gegenüber der Zeitung „Krasnaja Swesda“. Etwa 500 dürften es sein.

Nato-Manöver

Aufgrund einer solchen Aktivität sind ihm zufolge die Piloten der Seeluftstreitkräfte der Baltischen Flotte dazu gezwungen, manchmal mehrmals pro Tag zu fliegen. Nossatow verwies unter anderem darauf, dass im Jahre 2019 die Nato-Länder etwa 300 Militärübungen unterschiedlichen Niveaus in der Nähe von Russlands Grenzen durchgeführt hätten. Jegliche Nato-Militäraktivität wird demnach von der Baltischen Flotte beobachtet.

Ausländische Aufklärungsaktivitäten

In der letzten Zeit haben sich die Aktivitäten ausländischer Aufklärungsflugzeuge und Drohnen nahe der russischen Grenzen und Militärobjekte intensiviert.

Vor allem das Schwarze Meer, das Kaliningrader Gebiet sowie die Territorien unweit der russischen Stützpunkte in Syrien geraten immer wieder ins Visier der USA und anderer Nato-Länder – trotz der Aufforderungen des russischen Verteidigungsministeriums, solcherart Operationen einzustellen.

Lug-info.com: **Pressekonferenz der Vertreterin der LVR in der humanitären Untergruppe Olga Kobzewa**

„Im Rahmen einer Videokonferenz ist es uns gelungen, bestimmte Kompromisse zu erreichen. Wir haben Vereinbarungen erreicht, wir haben eine Vereinbarung, Menschen bis Ende des Jahres freizulassen“, sagte sie.

de.sputniknews.com: **Bundesregierung will US-Gesetz gegen Nord Stream 2 „genau prüfen“**

Die Bundesregierung will laut ihrer stellvertretenden Sprecherin Ulrike Demmer die Auswirkungen des US-Gesetzes, das Sanktionen gegen die russische Gaspipeline Nord Stream 2 mit einschließt, prüfen.

„Wir gucken uns das genau an und werden dann über alles Weitere entscheiden“, sagte Demmer am Montag in Berlin.

Indes bekräftigte eine Sprecherin des Bundeswirtschaftsministeriums die deutsche Position, wonach exterritoriale Sanktionen abgelehnt werden. Die Bundesregierung hatte Gegenmaßnahmen in Form von Sanktionen bereits ausgeschlossen.

Wie die Sprecherin weiter betonte, sei man über die Botschaft vor Ort im Austausch mit der US-Regierung. Man müsse prüfen, welche Auswirkungen und Spielräume das Gesetz zulasse. Was einen endgültigen Stopp anbelangt, sagte die Sprecherin, das sei zu früh zu bewerten und hänge von den gesetzlichen Spielräumen ab.

BSH genehmigt Verlegung von Nord Stream 2 in deutschen Gewässern in Wintermonaten

Zuvor wurde mitgeteilt, dass das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie den Antrag des Konsortiums Nord Stream 2 zum Pipeline-Bau in den Wintermonaten in deutschen Gewässern genehmigt habe.

Die Projektgesellschaft der Pipeline Nord Stream 2 hatte bereits im September einen entsprechenden Änderungsantrag beim Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH) in Hamburg eingereicht. Genehmigt worden sei ein neues Zeitfenster für die Verlegung der Rohrleitungen auf der verbleibenden Strecke von 16,5 Kilometern in der deutschen Ausschließlichen Wirtschaftszone Anfang 2020.

Dass ein unmittelbarer Zusammenhang des heutigen BSH-Beschlusses mit den Boykottdrohungen der USA gegen am Bau beteiligte Firmen bestehe, dementierte eine Sprecherin aber noch am 16. Dezember. Der Antrag sei ja noch lange vor den entsprechenden Beschlüssen des US-Repräsentantenhauses gestellt worden.

Vize-Kanzler kritisiert US-Vorgehen

Erst am Samstag hatte der deutsche Vize-Kanzler, Olaf Scholz, das US-Vorgehen in Bezug auf die Pipeline Nord Stream 2 auf das Schärfste kritisiert. Die US-Sanktionen gegen die Pipeline Nord Stream 2 könnten auch deutsche Unternehmen empfindlich treffen sowie eine Gefahr für die deutsche und europäische Energiesicherheit darstellen.

US-Sanktionen gegen Nord Stream 2

US-Präsident Donald Trump hatte am Freitag Sanktionen gegen Nord Stream 2 und Turkish Stream und somit auch sämtliche am Bau und der Verlegung beteiligte Unternehmen und deren Eigner in Kraft gesetzt. Als Strafmaßnahmen sind Einreiseverbote in die USA und das Einfrieren von Vermögen in den Vereinigten Staaten vorgesehen. Das schweizerische Unternehmen „Allseas“, das mit der Verlegung der Gasleitung Nord Stream 2 beauftragt ist, hat die Arbeit vorerst eingestellt.

Der russische Außenminister, Sergej Lawrow, sagte bei einer Pressekonferenz am Montag in Moskau, dass nach der Einführung neuer US-Sanktionen gegen Nord Stream 2 und Turkish Stream kein einziges Land nun an der Unzuverlässigkeit Washingtons zweifeln dürfte. Gegenmaßnahmen schloss Lawrow nicht aus.

de.sputniknews.com: **Nord Stream 2 AG: Schnellstmögliche Wiederaufnahme der Verlegungsarbeiten angestrebt**

Nord Stream 2 AG bleiben 160 Kilometer in zwei Kabelsträngen zu verlegen, es ist eine schnellstmögliche Wiederaufnahme der Arbeiten diskutiert. Dies teilte am Montag ein Pressesprecher der Gesellschaft auf eine Anfrage von Sputnik Deutschland mit.

Es seien bereits rund 2300 Kilometer der insgesamt 2460 Kilometer der Nord Stream-2-Pipeline verlegt worden, so der Sprecher der Gesellschaft.

Damit kommentierte die Gesellschaft die am Freitag gegen das Projekt verhängten US-Sanktionen, aufgrund derer die schweizerische Pipeline-Firma Allseas ihre Arbeiten an der Gaspipeline Nord Stream 2 in der Ostsee aussetzte.

Laut dem Sprecher arbeiten die in das Projekt eingebundenen Unternehmen daran, die Pipeline so bald wie möglich in Betrieb zu nehmen. Dies liege im Interesse der

Wettbewerbsfähigkeit der EU-Wirtschaft, der Energiesicherheit, erschwinglicher Gaspreise für die europäischen Verbraucher sowie der Klimaschutzverpflichtungen, betonte der Sprecher...

abends:

de.sputniknews.com: **Johnson: Ich habe mich bei Russland geirrt**

Der britische Premierminister Boris Johnson hat sich enttäuscht zu der Möglichkeit geäußert, die Beziehungen zu Russland neu zu starten. Darüber schrieb Johnson in der Zeitung „The Spectator“ vom Montag.

„Ich dachte wirklich, und ich denke, dass viele Außen- und Premierminister vor mir dachten, dass wir mit Russland von vorne anfangen können. Dass dies ein tolles Land ist, mit dem wir gegen den Faschismus gekämpft haben. Ich war sehr, sehr enttäuscht, als ich begriff, dass ich mich geirrt hatte“, so Johnson.

Am 21. Dezember sprach Johnson bei einem Besuch in Estland zu demselben Thema. Er sagte, dass die britischen Behörden die Beziehungen zu Russland verbessern wollten, aber „schreckliche Probleme“ dies verhindern würden. Dazu gehöre unter anderem der angebliche Giftangriff auf den ehemaligen Offizier der russischen Militäraufklärung GRU Sergej Skripal und seine Tochter Julia im britischen Salisbury.

Keine Beweise für Russlands Einmischung

Im November hatte Johnson in einem BBC-Interview erklärt, dass es keine Hinweise auf eine russische Einmischung in die britische Politik gebe. Man könne nicht Menschen verleumden, bloß weil diese aus Russland stammten. Diese Behauptung steht im direkten Widerspruch zur Einschätzung seiner Vorgängerin Theresa May, die Moskau den Versuch vorgeworfen hat, die britische Politik zu beeinflussen.

Für die verzögerte Freigabe des Berichts machte Johnson Sicherheitsgründe geltend. Im Gespräch mit der BBC betonte er zudem, er wisse nicht, wie viele russische Staatsangehörige große Geldbeträge an die konservative Partei spenden würden, bestand jedoch darauf, dass solche Geschenke ordnungsgemäß geprüft und veröffentlicht würden.

Giftanschlag auf die Skripals

Der frühere russisch-britische Doppelagent Sergej Skripal und seine Tochter Julia wurden am 4. März 2018 in Salisbury in einem Park bewusstlos aufgefunden. Sie waren nach Darstellung der britischen Regierung mit dem tödlichen Giftstoff A234, im Westen unter dem russischen Namen Nowitschok bekannt, vergiftet worden. Ihre damalige schnelle Genesung halten Experten jedoch für überraschend.

Die britische Regierung machte umgehend Russland für das mutmaßliche Attentat verantwortlich. Moskau wies diesen Vorwurf von sich und forderte eine unabhängige Aufklärung. Die damalige britische Premierministerin Theresa May ließ als Reaktion auf den Nervengift-Anschlag 23 russische Diplomaten ausweisen. Aus „Solidarität“ mit London wiesen auch die USA, Deutschland und viele weitere EU-Staaten Dutzenden russischen Diplomaten die Tür.

Die Internetplattform Bellingcat, die sich als investigativ beschreibt, will die wahren Namen der beiden in dem Fall verdächtigten Russen herausgefunden haben. So hießen Boschirow und Petrow in Wirklichkeit Anatoli Tschepiga und Alexander Mischkin, behauptet Bellingcat.

Dan-news.info: Tausende Donezker und Gäste der Stadt haben an der feierlichen Einweihung der Hauptneujahrstanne der DVR teilgenommen. Traditionsgemäß wurde sie auf dem Lenin-Platz im Zentrum der Hauptstadt der Republik errichtet.

Für die Versammelten traten Künstlerkollektive der Republik mit Neujahrsliedern und Tanzvorführungen auf. Die Einwohner begrüßte der Bürgermeister von Donezk Alexej Kulemsin.

„Zum Ende des Jahres sage ich allen Danke für die Treue, das Vertrauen, die selbstlose Arbeit und die heldenhaften Taten an der Front“, sagte der Bürgermeister. „Ich wünsche Ihnen einen friedlichen Himmel, Gesundheit, Glück, Liebe für unsere geliebte Heldenstadt Donezk“.

Nach den Glückwünschen riefen die Anwesenden zusammen mit Väterchen Frost einen Countdown und an der Hauptneujahrestanne des Donbass wurden die Lichter entzündet. In diesem Jahr ist sie weiß-blau und die Ziffern „2020“ sind rot.

Für die, die sich aufwärmen und stärken wollen, gibt es Zelte mit heißem Tee und Süßigkeiten. Außerdem kann man auf dem Platz Honig, Kunsthandwerksgegenstände und Weihnachtsschmuck kaufen.



https://dan-news.info/wp-content/uploads/2019/12/dan-news.info-2019-12-23_14-51-59_987787---2019-16-1024x683.jpg

de.sputniknews.com: **EU kritisiert Eröffnung von Eisenbahnteil der Krim-Brücke – Gelassene Reaktionen aus Russland**

Die Eröffnung des Eisenbahnteils der Krim-Brücke hat die EU mit scharfer Kritik kommentiert: Die Freigabe des Bahnverkehrs zwischen dem russischen Festland und der Halbinsel ist laut einem Sprecher des EU-Außenbeauftragten Josep Borrell „ohne Zusage der Ukraine“ erfolgt.

Dies stelle wiederum eine „weitere Verletzung der Souveränität und territorialen Unversehrtheit der Ukraine“ durch Russland dar.

Die Eisenbahnverbindung sei ein weiterer Schritt zur „Zwangsintegration der widerrechtlich annektierten Halbinsel“. Zudem schränke die Brücke den Schiffsverkehr ein, der durch die Meerenge von Kertsch zu ukrainischen Häfen im Asowschem Meer führe.

„Die Europäische Union erwartet von Russland, dass es eine ungehinderte und freie Durchfahrt durch die Straße von Kertsch gemäß dem Völkerrecht sicherstellt“, hieß es.

Der Bau der Krim-Brücke ist laut dem Abgeordneten der Staatsduma (russisches Unterhaus) Ruslan Balbek eine innere Angelegenheit Russlands. Die EU sei daher nicht berechtigt, dem Land zu sagen, was es in seinen Hoheitsgewässern bauen oder nicht bauen könne. „Die EU nutzt veraltete Daten. Die Krim ist seit fünf Jahren russisches Territorium“, so Balbek.

Ähnlich äußerte sich auch der Vorsitzende des Staatskomitees der Krim für internationale

Beziehungen, Albert Kagnijew. Man solle den „politisierten Erklärungen“ der EU keine Aufmerksamkeit schenken, betonte er. „Die Ukraine hatte seinerzeit mit ihrer zigsten Blockade, darunter auch dem einseitigen Stopp des Eisenbahnverkehrs, sich selbst von der Krim isoliert.“

Längste Brücke Europas

Russlands Präsident Wladimir Putin hat am Montag, dem 23. Dezember, an der feierlichen Eröffnung des Eisenbahnteils der Brücke über die Straße von Kertsch teilgenommen. Die Schienen verbinden das russische Festland und die Halbinsel Krim. Putin lobte die Brücke als eine „Schönheit“ und betonte, sie sei ein Beweis dafür, „dass Russland in der Lage ist, solche Infrastrukturprojekte auf Weltniveau umzusetzen“. Mit 19 Kilometern ist die Krim-Brücke nicht nur die längste Brücke in Russland, sondern in ganz Europa.

Die Autobahnstrecke der Brücke war bereits am 15. Mai 2018 eingeweiht worden. Ihr folgt nun plangemäß der Bahnteil.

Krim als Teil Russlands

Die Wiedervereinigung der Krim mit Russland erfolgte nach einem Referendum im März 2014. Bei dem Volksentscheid hatten 96,77 Prozent der Bürger der Republik Krim und 95,6 Prozent der Einwohner von Sewastopol für den Beitritt zur Russischen Föderation gestimmt. Die Ukraine betrachtet die Krim weiterhin als „zeitweilig okkupiertes Territorium“. Laut Wladimir Putin „ist die Frage der Krim endgültig abgeschlossen“.



<https://cdn1.im>

g.sputniknews.com/images/32627/61/326276162.jpg